

# US-Fusion wirbelt Chemie durch

Unter dem Druck der Aktionäre gehen Dow Chemical und Dupont zusammen, um sich danach wieder zu zerlegen

FRANKFURT. In vielen Branchen gilt derzeit: Je größer, desto besser. Doch die US-Chemiegiganten Dow Chemical und Dupont verfolgen mit ihrem Zusammenschluss andere Pläne. Sie wollen gar nicht zusammenbleiben.

Die Mega-Fusion der US-Chemiegiganten Dupont und Dow Chemical wird die Branche weltweit kräftig durchwirbeln. Die beiden Konzerne haben einen Börsenwert von jeweils knapp 60 Milliarden Dollar. Es entsteht ein Super-Unternehmen mit mehr als 90 Milliarden Dollar (82 Milliarden Euro) Umsatz. Der deutsche Konkurrent BASF würde damit zunächst seine Position als größter Chemiekonzern der Welt verlieren. Doch die bisherigen US-Rivalen wollen sich nach der Fusion aufspalten. So sollen neue schlagkräftige Einheiten für Agrochemie, Spezialchemikalien und Kunststoffe entstehen.

Diese neuen Player dürften auch den europäischen Konkurrenten wie Bayer und Syngenta kräftig einheizen. Denn bei dem Deal in den USA geht es nicht nur um schiere Größe. So sieht der Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), Marijn Dekkers, durch die mög-

che Fusion der US-Giganten den Trend zur Konzentration bestätigt. Einzelne Geschäfte sollen gebündelt und später wieder separiert werden.

Diesen Trend gebe es in der Branche schon lange, sagte Dekkers, der auch Bayer-Chef ist, vor wenigen Tagen. Es sei für die Firmen sehr schwierig, sehr breit aufgestellt zu sein. Bayer selbst habe in den vergangenen Jahren entsprechende Schritte mit der Abspaltung von Lanxess vor zehn Jahren und dem Börsengang von Covestro im laufenden Jahr bereits vollzogen. In den USA bestehe in dieser Beziehung offenbar noch Nachholbedarf.

Einen anderen Weg geht hingegen der bisherige Branchenprimus BASF. Er setzt traditionell auf einen engen Verbund der Anlagen und damit eine optimale Ausnutzung der Kapazitäten. Die Produktpalette ist entsprechend breit. Sie reicht von Chemikalien, Kunststoffen, Veredelungsprodukten und Pflanzenschutzmitteln bis hin zu Öl und Gas. 2014 erzielten die Ludwigshafener so mit mehr als 113 000 Beschäftigten einen Umsatz von rund 74 Milliarden Euro.

Der Druck zur Fokussierung ist in den USA inzwischen besonders hoch, da dort aktivistische Aktionäre Druck auf die Unternehmen ausüben. Sie fordern bei den US-Giganten bereits seit Jahren eine Abspaltung einzelner Geschäftsteile. So soll sich der Wert der Unternehmen erhöhen.

Auch die Analysten von Bernstein lobten einen möglichen Zusammenschluss von Dow und Dupont zuletzt. Die Experten rech-



Eine Produktionsanlage von Dow Chemical in Schkopau

FOTO: DPA

nen mit milliardenschweren Synergien bei dem Geschäft.

Der Branche bereit derzeit vor allem das Kunststoffgeschäft Kopfschmerzen. Überkapazitäten sorgen bei einer abflauenden Nachfrage in vielen Bereichen für Druck auf die Preise. Auch im Agrarchemiegeschäft gibt es weltweit viel Bewegung. Seit einigen Monaten wird über eine mögliche Konsolidierung des Sektors spekuliert.

„Wir sind überzeugt, dass der Sektor in sechs Monaten ziemlich anders aussehen wird als heute“, sagte Syngenta-Verwaltungspräsident Michel Demaré der *Financial Times*. Der US-Konzern Monsanto hatte erst Ende August eine geplante

milliardenschwere Übernahme von Syngenta abgeblasen. Als neuer Interessent wurde zuletzt der chinesische Konzern Chem-China gehandelt.

Die Pharmabranche hat die Übernahme bereits voll erfasst. Hier setzte eine Rekordübernahme in den USA zuletzt neue Maßstäbe: Der Viagra-Konzern Pfizer will sich mit dem Botox-Hersteller Allergan zum größten Pharmakonzern der Welt zusammenschließen. Das Volumen der Ende November bekanntgegebene Transaktion liegt bei rund 160 Milliarden US-Dollar. Hier liegen die Vorteile aber unter anderem darin, dem Fiskus ein Schnippchen zu schlagen.

Johannes Haller (dpa-AFX)

## Vergleich der Chemieriesen

	Dow Chemical	Dupont	BASF
Umsatz in Mrd. €	53,0	25,9	74,3
Gewinn in Mrd. €	3,1	3,3	5,2
Mitarbeiter	53 000	54 000	113 000

BZ-GRAFIK/RW ALLE ZAHLEN: 2014 QUELLE: DPA

# Stunden der Wahrheit auf der Pariser Klimakonferenz

Im Kampf gegen die Erderwärmung gibt es Annäherung bei vielen Themen, aber um vier Punkte wird bis ins Wochenende hinein gerungen

Von Christian Mihatsch

PARIS. Die Chancen auf ein Weltklimaabkommen sind gestiegen. Die Klimakonferenz in Paris wurde zwar bis zu diesem Samstag verlängert. Aber am Freitag sahen sich die Minister mit nur noch vier unbeantworteten Fragen konfrontiert.

**Ambition:** Die Länder haben sich darauf geeinigt, die Klimaerwärmung auf „deutlich unter zwei Grad“ zu begrenzen und „Anstrengungen zu unternehmen, um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu limitieren.“ Das ist das überraschendste Element des Parisabkommens. Im Vorfeld waren die meisten Beobachter nicht davon ausgegangen, dass sich die Inselstaaten mit dieser Forderung durchsetzen.

Um den Klimawandel zu stoppen, haben die Länder zudem beschlossen, „Emissionsneutralität in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zu erreichen“. Diese Formulierung ist ebenfalls stärker als von vielen erwartet. Positiv ist auch, dass die nationalen Klimapläne im Jahr 2019 überprüft werden sollen.

**Finanzierung:** Am Freitag standen noch zwei widersprüchliche Versionen zur Finanzierung im Text. Ein Paragraf sprach davon, dass sich die Entwicklungsländer freiwillig an der Klimafinanzierung beteiligen könnten. Im nächsten stand, dass die Industrieländer bei der Klimafinanzierung die Führung übernehmen müssen.

**Differenzierung:** Um die Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwick-



lungsländer geht es auch bei den Transparenzregeln etwa zur CO<sub>2</sub>-Buchhaltung. Hier standen drei Möglichkeiten im Text.

**Verluste und Schäden:** Dieser Begriff aus der Versicherungswirtschaft ist eines der umstrittensten Themen der Verhandlungen. Er bezeichnet unabwendbare Schäden infolge des Klimawandels. Insbesondere die USA befürchten hier in Zu-

kunft zu Schadensersatz verpflichtet zu werden und wollen das Thema kleinhalten. Die Entwicklungsländer wollen eine neue Institution, die sich um „Verluste und Schäden“ kümmert. Am Freitag standen beide Versionen im Vertragsentwurf.

Wie die vier offenen Punkte verknüpft und entschieden werden, ließ sich am Freitag nicht abschätzen. Beschlossen war nichts. Widerstand kommt von China, Indien, Saudi-Arabien. Klar war aber, dass die EU gestärkt in die wohl letzte Verhandlungsnacht ging. Die von der EU und den Marshall-Inseln initiierte „Koalition der Ambitionierten“ erhielt Zulauf: Die Schweiz, Kanada, die Philippinen und – überraschenderweise – das Schwellenland Brasilien schlossen sich offiziell der Allianz für ehrgeizigen Klimaschutz an.

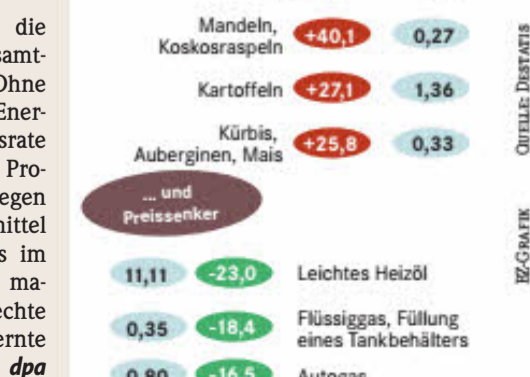
## Lebenshaltungskosten im November

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat



## Preise steigen ein bisschen schneller

Die Inflation in Deutschland zieht aufgrund schneller steigender Preise für Nahrungsmittel auf niedrigem Niveau etwas an. Die Inflationsrate stieg im November im Vergleich zum November des Vorjahres auf 0,4 Prozent nach 0,3 Prozent im Oktober, wie das Statistische Bundesamt am Freitag in Wiesbaden mitteilte. Wie in den Vor-



Die Kosten eines Haushaltes für Waren oder Dienstleistungen werden vom Statistischen Bundesamt in einem sogenannten Warenkorb zusammengefasst. Dabei werden die einzelnen Positionen unterschiedlich gewichtet: So wiegen die Kosten für Wohnen, Wasser und Strom stärker und belasten einen Durchschnittshaushalt mit derzeit 31,7 Prozent des verfügbaren Einkommens, während der Anteil für Kommunikation nur 3 Prozent der Ausgaben ausmacht.

## Billig telefonieren

ORTSGESPRÄCHE Samstag/Feiertage

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-7	Arcor	01070	0,57
	Tele2	01013	0,69
7-19	star79	01079	1,49
	tellmio	01038	1,84
19-24	Arcor	01070	0,67
	Tele2	01013	0,69

FERNGESPRÄCHE Samstag/Feiertage

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-7	Arcor	01070	0,61
	Tele2	01013	0,63
7-19	01020	01020	0,79
	eStart	01095	0,79
19-24	Arcor	01070	0,61
	Tele2	01013	0,63

\* In der Tabelle sind nur Anbieter berücksichtigt, deren Netzkapazitäten nicht ständig überlastet sind und deren Preisgestaltung einigermaßen transparent und verlässlich ist.

Alle Angaben ohne Gewähr!

QUELLE: BZ/SACHS STAND 11.12.2015 BZ-GRAFIK

## KURZ GEMELDET

### ENERGIERIESE RWE

### Aufspaltung beschlossen

Der RWE-Aufsichtsrat hat grünes Licht für den tiefgreifenden Umbau des Energiekonzerns gegeben. Einstimmig votierte das Kontrollgremium am Freitag für die vom Vorstand geplante Aufspaltung, wie sie auch Konkurrent Eon plant. Das teilte der Konzern in Essen mit. Damit kann der Vorstand die erneuerbaren Energien, Netze und Vertrieb in einer neuen Tochter bündeln und diese an die Börse bringen. Das klassische Geschäft mit Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken sowie der Energiehandel bleiben bei RWE. **dpa**

### VOLKSWAGEN

### Absatz sinkt

Die Volkswagen-Kernmarke VW hat in den ersten elf Monaten des Jahres einen deutlichen Rückgang der weltweiten Verkaufszahlen hinnehmen müssen. Von Januar bis November konnte VW nur 5,3 Millionen Fahrzeuge absetzen, das sind 4,5 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum (5,6 Millionen). Dies teilte Volkswagen am Freitag in Wolfsburg mit. Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat gingen demnach die Absatzzahlen zurück: VW verkaufte weltweit 496 100 Fahrzeuge, 2,4 Prozent weniger als im November 2014. **AFP**

### AMAZON VOR WEIHNACHTEN

### Keine Sonntagsarbeit

An den Amazon-Standorten in Leipzig und Bad Hersfeld darf am dritten und vierten Adventssonntag nicht gearbeitet werden. Gerichte lehnten das auf Antrag der Gewerkschaft Verdi ab. Der US-Onlinehändler habe den Antrag mit einer stark erhöhten Auftragssteigerung im Weihnachtsgeschäft begründet, teilte das Oberverwaltungsgericht Leipzig mit. Sonntagsarbeit sei aber nur zur Verhütung unverhältnismäßiger Schäden gerechtfertigt. **dpa**

### HEINE BAUT AB

### 90 Jobs fallen weg

Der Karlsruher Versandhändler Heine will Arbeitsplätze abbauen. Es gehe um bis zu 90 Stellen, bestätigte das zur Hamburger Otto-Group gehörende Unternehmen der Zeitung *Badische Neueste Nachrichten*. Die 1951 gegründete Firma beschäftigt nach eigenen Angaben 600 Mitarbeiter. **dpa**

### IN MONTREAL

### Keine Plastiktüten mehr

In Montreal in Kanada sollen Einweg-Plastiktüten ab dem Jahr 2018 komplett verboten sein. „Plastiktüten sind eine Plage“, sagte Bürgermeister Denis Coderre am Donnerstagabend. Das Verbot betrifft rund 3,9 Millionen Einwohner Montreals und der Umgebung. Nur 14 Prozent der Milliarden Tüten würden recycelt. **AFP**